

Offene Rechnung mit einem Fehlbetrag

Ganztagsschule: Finanzausschuss stimmt Übernahme und Finanzierungsrisiko nur teilweise zu

Dänischenhagen. Seit dem Sommer 2010 laufen die Vorbereitungen, nun steht die Umwandlung der Betreuten Grundschule in eine Offene Ganztagsschule bevor: Der Finanzausschuss stimmte am Montagabend mit Mehrheit dafür, dass Dänischenhagen das Finanzierungsrisiko für den Landeszuschuss mit bis zu 7500 Euro übernimmt und einen Fehlbetrag bis zu 3000 Euro abdeckt.

Die Brücke soll wie in der Betreuten die Arbeit auch in der Ganztagsschule übernehmen, erläuterte Ursula Liewert. Die Sozialausschuss-

vorsitzende wies darauf hin, dass Kinder und Eltern künftig unter mehr Angeboten als bisher wählen können. Nach dem Konzept, das Schulleiterin Gesa Meißner mit dem Antrag auf die Einrichtung der Ganztagsschule vorlegte, sollen die Betreuungszeiten von 12 bis 15 Uhr bestehen bleiben, zusätzlicher Bedarf kann noch zu einer Verlängerung bis 16 Uhr führen.

Über Risiko und Fehlbetrag gab es allerdings eine längere Diskussion. „Grundsätzlich will die Gemeinde ihren Kindern die Verbesserung an der Schule gönnen, dann müssen

wir auch einspringen“, sagte Bürgermeister Wolfgang Steffen. Darüber hinaus hatte die Brücke als künftiger Träger darauf aufmerksam gemacht, dass zurzeit 57 Kinder 496 Stunden in der Woche betreut werden. Bei sechs Kindern weniger, also minus zehn Prozent, ergebe sich ein Fehlbetrag von 5400 Euro. Den mochte der Ausschuss nicht einfach übernehmen. „Wir sollten wie bei der bisherigen Betreuten Grundschule 3000 Euro absichern“, stellte Ausschussvorsitzender Eckhard Sindt fest, der Rest müsse unter Umständen über Eltern-

beiträge finanziert werden.

Für die Beseitigung der Schlaglöcher, die der Winter 2010/11 in den Gemeindestraßen hinterlassen hat, werden 4000 Euro zusätzlich bereitgestellt. Ursprünglich war im Haushalt mit 15 000 Euro an Kosten gerechnet worden, nun geht man von einem 20-prozentigen Mehraufwand gegenüber dem Durchschnitt der vorangegangenen Jahre plus höheren Materialpreisen aus.

Als „kleinstes Übel“ bezeichnete Sindt die Änderungen in der Straßenreinigungssatzung, die zum Beschluss

vorlagen. Im Wesentlichen geht es darum, statt wöchentlich künftig alle vier Wochen zu reinigen. Dass das Thema oft mit Ärger in der Nachbarschaft zu tun hat, zeigte die Wortmeldung eines Bürgers, der sich nach den Pflichten vor allem bei der Schneeräumung erkundigte. Er mahnte dazu klare Formulierungen an. Ausschussmitglied Ursula Witt sprach von etlichen Grundstücken, vor denen das ganze Jahr noch nicht gefegt worden sei. Über alle Punkte beraten die Gemeindevertreter abschließend am 31. März. as